



## **Bestandspflege und Erneuerung**

### **Grundlinien der Wirtschaftspolitik im neuen Jahrzehnt**

Das alte Jahrzehnt hat die Volkswirtschaften weltweit an seinem Ende auf eine Belastungsprobe gestellt wie seit den 30er Jahren nicht mehr. Im Herbst 2008 drohte nach dem Platzen der Immobilienblase in den USA und der spektakulären Lehman-Pleite das gesamte Finanzsystem zu kollabieren. Wer gehofft hatte, die Realwirtschaft könnte sich von den Turbulenzen abkoppeln, sah sich bald eines Besseren belehrt: Nach Jahrzehnten der ungebrochenen Expansion versank die Weltwirtschaft zur Jahreswende 2008/ 2009 in einer ausgeprägten Rezession. Kein Staat konnte sich ihr entziehen – auch Deutschland nicht. Der Vertrauensverlust rund um den Globus war beängstigend.

Krisen hat es nach dem 2. Weltkrieg immer wieder gegeben. Sie sind keine neue Erscheinung. Neu ist das globale Ausmaß der Krise, die Geschwindigkeit, mit der die Märkte eingebrochen sind und die Tiefe des Einbruchs. Das hat es in dieser Zusammenballung noch nicht gegeben. Und es darf sich nicht wiederholen, wenn die Stabilität unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht endgültig in Mitleidenschaft gezogen werden soll.

#### ***Soziale Marktwirtschaft nicht schuld an der Krise***

Leider hat unsere bewährte Soziale Marktwirtschaft in der Bevölkerung bereits massiv an Ansehen verloren – eine bemerkenswerte Situation zwei Jahrzehnte nach dem Scheitern des Kommunismus weltweit. Viele geben ihr die Schuld an den negativen Entwicklungen der jüngsten Zeit. Dieser falschen Ursachenanalyse und Schuldzuweisung müssen und werden wir jetzt und in den kommenden Jahren bei jeder Gelegenheit entschieden entgegentreten. Gerade der Wirtschaftsbeirat und seine Mitglieder sind hier gefordert.

Man kann es nicht oft genug wiederholen: Versagt hat nicht das Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft, das von Werten, Regeln, die für Nachhaltigkeit auf den Märkten sorgen, und von einem Mindestmaß an Moral der Marktteilnehmer geprägt ist. Im Gegenteil: Das Versagen liegt darin begründet, dass gegen fundamentale Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft verstoßen wurde. Ursächlich für die Krise war mangelnde Regulierung in Teilbereichen des Finanzsektors, speziell im internationalen Handel mit „Wertpapieren“ aller Art – ein „Laschheitswettbewerb“ als Ergebnis einer kritiklosen Deregulierungsgläubigkeit. Ursächlich war eine fehlende bzw. lückenhafte makro- und mikroökonomische Überwachung der Finanz-Handelsmärkte. Während das Kreditgeschäft der Banken strengen Eigenkapital- und Aufsichtsregeln unterliegt,

wurde beim Kauf/Verkauf von Wertpapieren/ Derivaten, bei Spekulationsgeschäften ein Grundprinzip der Sozialen Marktwirtschaft, nämlich das Zusammengehören von Entscheidung, Verantwortung und Haftung, von Chance und Risiko, dem jeder mittelständische Familienunternehmer tagtäglich unterworfen ist, sträflich außer Kraft gesetzt. Wo durch falsche Anreizregeln Risikoblindheit erzeugt wird und Verluste auf die Allgemeinheit abgewälzt werden können, ist hasardeurhaftes Verhalten vorgezeichnet.

Erfreulicherweise ist uns aufgrund der Entschlossenheit der Notenbanken und enormer staatlicher Kraftanstrengungen weltweit das Schlimmste erspart geblieben – der Zusammenbruch des Finanzsystems, der völlige Absturz der Realwirtschaft, verbunden mit einem Desaster auf den Arbeitsmärkten. Dank einer extrem expansiven Geldpolitik, staatlicher Stützungsmaßnahmen und milliardenschwerer Konjunkturprogramme konnte das Bankensystem stabilisiert, die Talfahrt der Wirtschaft gestoppt und der Anstieg der Arbeitslosigkeit – bislang – in bemerkenswert engen Grenzen gehalten werden. Die Verschiebungen im Verhältnis von Markt und Staat, die dadurch ausgelöst wurden, sind allerdings gewaltig. Konnte manchen in den Jahren vor der Krise das Zurückdrängen des Staates aus dem Wirtschaftsgeschehen nicht schnell und nicht weit genug gehen, stehen wir heute einer klaren „Überdehnung“ der staatlichen Verantwortung gegenüber. Das kann so nicht bleiben. Es wird zu den größten politischen Aufgaben im neuen Jahrzehnt gehören, zu einer tragfähigen Balance von Staat und Markt zurückzukehren.

### ***Aufbruchstimmung statt Resignation***

Resignation kann nicht die Antwort auf den spürbaren wirtschaftlichen Rückschlag sein, den wir auch in Bayern haben hinnehmen müssen. Prophezeiungen, wonach sich die globalen Gewichte zu Lasten des Westens nach Fernost verschieben würden, markieren keine schicksalhafte Entwicklung. Es liegt allein an uns, dafür zu sorgen, dass wir weiter Gewinner im globalen Wettbewerb und Strukturwandel bleiben. Das neue Jahrzehnt muss deshalb ein Jahrzehnt der neu gewonnenen Zuversicht, des Selbstvertrauens in die eigenen Fähigkeiten, eine Dekade des neuen Aufbruchs werden. Auf diese Weise sind wir in Bayern bereits aus der schweren Krise von 1992/ 93 gestärkt hervorgegangen. Neues Vertrauen schöpfen, die Probleme entschlossen anpacken – dies ist auch der Weg, der am schnellsten aus der aktuellen Krise herausführt. Zukunft hat, wer sie offensiv gestaltet!

Es zeigt sich auch in der Krise, dass der europäische Weg, dass die Soziale Marktwirtschaft mit ihren Freiheiten, Grundrechten, mit ihren Regeln, ihren Pflichten und dem Ethos der Verantwortlichen das schlechteste Ordnungsmodell nicht ist. Dagegen hat der angelsächsische Kapitalismus, der die Märkte sich vollständig selbst überlässt in der trügerischen Hoffnung auf eine optimale Entwicklung, als Leitbild nach dem Desaster auf den Finanzmärkten offenkundig ausgedient. Der Sozialismus ist als Ideologie ebenfalls grandios gescheitert. Ausgreifender staatlicher Dirigismus, Investitionslenkung, Vollkaskomentalität und schleichende Entmündigung der Bürger durch Kollektivlösungen werden im 21. Jahrhundert nicht wieder salonfähig. Die Lehre aus einer gründlichen Analyse des Debakels an den Finanzmärkten kann am Beginn des neuen Jahrzehnts nur sein: nicht weg von, sondern zurück zur Sozialen Marktwirtschaft im Geiste Ludwig Erhards!

### **Soziale Marktwirtschaft Ordnungsmodell der Zukunft**

Die Soziale Marktwirtschaft ist wertgebunden. Sie beruht auf den gleichen Grundwerten und -rechten wie das Grundgesetz: Menschenwürde, Freiheit und Verantwortung, Privateigentum und sozialer Ausgleich. Sie setzt den mündigen, selbständig handelnden Bürger voraus, als Unternehmer und Selbständiger, als Arbeitnehmer und als Konsument. Sie lebt von der Beteiligung am Wirtschafts- und Wertschöpfungsprozess und nicht primär von der Umverteilung. Auch in Zukunft bleibt sie der effizienteste, humanste und gerechteste Ordnungsrahmen für unsere Wirtschaft. Mit ihr lassen sich die Ziele qualitatives Wachstum, Mehrung der Lebensqualität und des Glücks der Menschen, Arbeit für alle und sozialer Zusammenhalt am besten und nachhaltigsten sichern.

Die Soziale Marktwirtschaft nutzt gezielt die Effizienz einer dezentralen und damit flexiblen Steuerung der Wirtschaft, d.h. den Abgleich von Milliarden von Einzelentscheidungen durch den Markt. Sie baut auf die kreativen Kräfte eines dynamischen Leistungswettbewerbs. Aber, sie überlässt die Märkte nicht sich selbst, sondern sie setzt Regeln – Regeln, die angemessen überwacht werden. Wirtschaft und Märkte brauchen auch im 21. Jahrhundert Leitplanken, die Marktmissbrauch und Marktversagen verhindern. Das war schon den Gründervätern der Sozialen Marktwirtschaft ein zentrales Anliegen. Erinnerung sei nur an den Kampf Ludwig Erhards für ein deutsches Kartellrecht als Waffe gegen Vermachtungstendenzen. So wenig ein Fußballspiel ohne Regeln funktioniert, deren Einhaltung von einem Schiedsrichter überwacht werden, so wenig funktioniert völliges Laissez-Faire auf den Märkten.

Dies kann natürlich nicht als Plädoyer für einen allgegenwärtigen, allzuständigen Staat, der Eigenverantwortung erlahmen lässt und Privatinitiative bremst, missverstanden werden. Der eingangs erwähnten krisenbedingten „Überdehnung“ der Verantwortung des Staates müssen deshalb heute schon Überlegungen gewidmet werden, wie eine „Exit“-Strategie aussehen könnte, wie sich also der Staat nach Überwindung der Krise wieder auf seine eigentlichen Aufgaben konzentrieren kann. Dies gilt auch für die mittelfristige Rückführung der „Geldschwemme“ durch die Notenbanken, um einer neuerlichen Blasenbildung vorzubeugen und inflationäre Risiken bereits im Keim zu ersticken. Es gilt für den Exit aus staatlichen Beteiligungen an Banken und Unternehmen. Es geht vor allem aber auch um die schrittweise Rückführung der explodierten Nettokreditaufnahme der öffentlichen Hand, die sich jetzt und für die nächsten Generationen durch ausufernde Zinszahlungen und Tilgungsverpflichtungen nicht ihrer Handlungsspielräume berauben lassen darf.

Der Staat muss sich auf seine originären Aufgaben konzentrieren. Einerseits ist er als durchsetzungsstarker Ordnungsfaktor gefordert. Andererseits brauchen wir einen Staat, der die Weichen entschlossen und kraftvoll auf Zukunftssicherung stellt. Eine Doppelstrategie aus „Bestandspflege und Erneuerung“ weist dabei den richtigen Weg. Wir brauchen – erstens - Rahmenbedingungen bei denen sich nicht nur unsere Spitzenunternehmen, sondern auch das breite Feld unserer Klein- und Mittelbetriebe erfolgreich im Wettbewerb behaupten können. Zweitens muss der Staat kräftige Impulse für die laufende Erneuerung der Wirtschaft geben, also mit zu einer positiven Gestaltung des Strukturwandels beitragen. Was wegbriecht, weil es am Markt nicht mehr be-

stehen kann, muss durch Neues ersetzt werden. Mangelverwaltung trägt auf Dauer nicht.

### ***Zukunftssicherung im neuen Jahrzehnt***

In diesem Sinne liegt vor dem Staat auch im neuen Jahrzehnt ein breites Spektrum von Aufgaben. Um die wichtigsten davon kurz anzureißen:

1. Der Weg aus der Krise wird kurzfristig nur auf der Basis einer ausreichenden Kreditversorgung der Wirtschaft gelingen. Sowohl die laufende Versorgung der Unternehmen mit Fremdkapital als auch die Finanzierung von neuem Wachstum im Mittelstand müssen 2010 gewährleistet sein. Es wäre fatal, wenn wir Ende 2010 im Rückblick feststellen müssten, dass eine Kreditklemme den zarten Aufschwung, der sich derzeit abzeichnet, abgewürgt hat.
2. Parallel dazu müssen die Beschlüsse der G20 von Pittsburgh zur künftigen Regulierung der Finanzmärkte auf nationaler, europäischer und globaler Ebene gesetzgeberisch und institutionell konsequent umgesetzt werden. Eine Rückkehr zum „business as usual“ kann und darf es nicht geben. Banken sind in erster Linie Dienstleister für die Wirtschaft und nicht irgendeine ominöse Finanzindustrie. Die Reformpunkte reichen von der Errichtung von effizienten Kontrollsystemen speziell für den Wertpapierhandel, über eine stärkere Eigenkapitalunterlegung von Spekulationsgeschäften zur Abpufferung von Risiken bis hin zur Frage, für welche Zwecke Geld der Zentralbanken schlussendlich eingesetzt werden darf.
3. Die Haushaltspolitik steht im neuen Jahrzehnt vor einer außerordentlich schwierigen Gratwanderung. Einerseits muss die öffentliche Hand die Nettokreditaufnahme in Übereinstimmung mit der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse und dem EU-Stabilitätspakt auch im Interesse der kommenden Generationen Schritt für Schritt zurückfahren, also sparen. Andererseits müssen hohe Investitionen und steuerliche Entlastungen für neue Wachstums- und Beschäftigungsimpulse sorgen. Konsolidierung braucht Wachstum. Erforderlich ist hier gezieltes, strategisches Vorgehen. Auch der Reformbedarf in allen Sozialsystemen zur Begrenzung der Lohnzusatzkosten ist nach wie vor beträchtlich.
4. Das, was in der Krise an Wertschöpfung, Arbeitsplätzen und Betrieben verloren geht, muss durch neue Produkte und Dienstleistungen, durch neue Betriebe und die Erschließung neuer Märkte ersetzt werden, um die Beschäftigungsbilanz ausgeglichen zu halten. Permanente Innovationen sind die Lösung. Technologische Innovationen sind u.a. auch der Schlüssel zur Begrenzung des Klimawandels und zur Anpassung an knapper werdende Ressourcen. Dafür müssen die Weichen offensiv gestellt werden: in der Forschungspolitik, beim Technologietransfer, in der Clusterförderung. Direkte Finanzhilfen für Innovationsprojekte sollten durch steuerliche Anreize für Forschung und Entwicklung zugunsten des breiten Mittelstands ergänzt werden. Es bleibt auch im neuen Jahrzehnt dabei: Wir müssen umso viel besser und schneller sein, wie wir teu-

rer sind. Mit China und Indien haben neue Konkurrenten im Hochtechnologiebereich die Bühne der Weltmärkte betreten.

5. Neue Dynamik im Gründungsgeschehen muss hinzukommen. Unternehmensgründungen sind eine „Frischzellenkur“ für die Wirtschaft. Sie sorgen für neue Ideen, neue Wertschöpfung und Arbeitsplätze und gestalten den Strukturwandel. Für Gründer müssen Startrampen gebaut werden und nicht Fallgruben. Wir brauchen deshalb vor allem deutlich bessere steuerliche Anreize zur Mobilisierung von Wagniskapital. Geld ist genügend vorhanden. Nicht stimmig sind die Anreizsysteme.
6. Im Welthandel wird es im neuen Jahrzehnt aller Voraussicht nach zu spürbaren Verschiebungen kommen. Alte Märkte werden an Bedeutung verlieren, neue Märkte an Bedeutung gewinnen. Dazu zählen Fernost, Indien, die arabischen Staaten, aber auch südamerikanische Länder wie Brasilien. Unsere exportstarke Wirtschaft wird diese Entwicklung offensiv mitgehen. Staatliche Aufgabe ist es, unsere mittelständischen Unternehmen bei der Erschließung dieser Märkte aktiv zu unterstützen.
7. Bildung gehört zu den Megathemen dieses Jahrhunderts. Spitzenbildung ist die Grundvoraussetzung, um einen Hochtechnologiestandort auf Dauer erfolgreich zu betreiben. Sie sorgt in Zeiten eines rückläufigen Erwerbspersonenpotentials für das notwendige Produktivitätswachstum. Bildung ist der Schlüssel zur Chancengerechtigkeit, also zur Teilhabe und Teilnahme am Wertschöpfungsprozess. Sie ist die beste und billigste Sozialpolitik, weil sie den teuren, passiv alimentierenden Sozialstaat vielfach überflüssig macht. Unser Anspruch von der frühkindlichen, über die schulische bis zur universitären Bildung muss deshalb sein: Exzellenz. Auch für die berufliche Bildung und Weiterbildung gilt das ohne Abstriche. Wir sind unseren Kindern und Jugendlichen ein Höchstmaß an Qualität in der Bildung in den kommenden Jahren schuldig. Frauen müssen die Chance haben, Beruf und Familie besser noch zu vereinbaren und ihre erworbenen Qualifikationen in den Wirtschaftsprozess einzubringen.
8. Die Energiefrage ist von zentraler Bedeutung für den Industriestandort Deutschland. Dass der Bund ein tragfähiges energiepolitisches Gesamtkonzept vorlegt, das nicht nur dem Kriterium der Klimaverträglichkeit, sondern auch den Kriterien Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit gerecht wird, ist deshalb überfällig. Die Energieeffizienz der Wirtschaft, des Verkehrswesens und der privaten Haushalte weiter zu steigern, hat dabei hohe Priorität. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist mit Augenmaß zu fördern, aber nicht zu überfordern. Die Laufzeit der Kernkraftwerke als Brücke in neue Energieversorgungstechnologien zu verlängern, ist volkswirtschaftlich billiger und klimaverträglicher als aus der Kernenergie auszusteigen und sie durch neue fossile Kraftwerke zu ersetzen. Bayern, das fast 60 Prozent seiner Stromenergie aus Kernkraft erzeugt, hat daran ein vitales Interesse.
9. Nicht zuletzt kommt dem Ausbau, der Modernisierung und der intelligenten Nutzung der Verkehrsinfrastruktur ebenso wie der Breitbandversorgung im ländlichen Raum große Bedeutung zu. Flaschenhalse bei Transport und Logistik

und der Datenübermittlung kosten Wachstum und Wohlstand. Der Investitionsstau ist auch in Bayern groß – angefangen bei der Anbindung des Chemiedreiecks durch Schiene und Straße, über die Hochgeschwindigkeitsstrecke Nürnberg-Erfurt, bis hin zum Donau-Ausbau zwischen Straubing und Vilshofen. Bundesverkehrsminister Ramsauer hat bei der Realisierung dieser Vorhaben unsere volle Unterstützung.

10. Schließlich muss die Politik in der kommenden Dekade von drei Grundkonstanten geprägt sein: von Verlässlichkeit, von Glaubwürdigkeit und von Konsistenz. Verlässlichkeit, Glaubwürdigkeit und Konsistenz schaffen Vertrauen. Und Vertrauen ist das A und O einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik und damit einer positiven Wirtschaftsentwicklung.

### ***Chancenjahrzehnt für Bayern***

Wir in Bayern haben allen Grund, das neue Jahrzehnt nicht als Krisenjahrzehnt anzusehen, sondern als Jahrzehnt der Chancen, die wir erfolgreich wahrnehmen können und müssen. Nach einer jahrzehntelangen überdurchschnittlichen Entwicklung gehört der Freistaat heute zu den Top-Standorten international. Wir verfügen über eine breite Basis an hervorragenden Unternehmern in Industrie, Handwerk und Dienstleistungssektor. Die Gründerdynamik in Bayern ist überdurchschnittlich hoch. Um die Qualifikation der Mitarbeiter beneidet uns die Welt. Das produktive Geflecht aus international renommierten Global Playern und leistungsfähigen Mittelständlern sichert uns gesamtwirtschaftliche Stärke. Hochtechnologie ist in Bayern in einer Breite vertreten wie sonst kaum irgendwo auf dem Globus. Unsere Betriebe sind heute schon nicht nur in Europa, sondern auch auf allen Drittmärkten der Welt präsent. Darauf lässt sich erfolgreich aufbauen. Aufgabe von Politik im Land und im Bund ist es, die notwendigen Weichenstellungen in Richtung Zukunftsfähigkeit vorzunehmen. Dann wird sich Bayerns Wirtschaft auch im neuen Jahrzehnt überdurchschnittlich entwickeln. Davon bin ich fest überzeugt.

Dr. Otto Wiesheu  
Präsident